



**Pränumerationspreise.**

**Für Oesterreich-Ungarn:**

Morgen- und Abendblatt mit täglich einmaliger Postverendung:

Monatlich . . . . .	7 K	- h
Vierteljährig . . . . .	20 K	- h
Halbjährig . . . . .	40 K	- h
Ganzjährig . . . . .	80 K	- h

Witztäglich zweimaliger Postverendung:

Monatlich . . . . .	8 K	- h
Vierteljährig . . . . .	28 K	- h
Halbjährig . . . . .	46 K	- h
Ganzjährig . . . . .	92 K	- h

**Für das Ausland:**

Mit täglich einmaliger Postverendung:

Für Deutschland vierteljährig 26 K  
Für die andern Länder des Weltpostvereines 28 K.

Bei den Postämtern vierteljährig:

In Deutschland Markt 12.50, Schweiz Fr. 16.50, Bulgarien Fr. 18.-.

Supperate übernehmen alle renommirten in- und ausländ. Annoncenbureaus.

**52. Jahrgang.**

die Wiener davor zu bewahren, nur auf Schusters Rappen zur Stätte ihres Erwerbes traben zu müssen. Wir alle tragen bereitwillig alle Lasten, die der Verteidigungskampf unsrer Monarchie auferlegt, von unnötigen, überflüssigen und vermeidbaren aber müssen wir verschont bleiben. Bei keinem Keller, den der Krieg tatsächlich benötigt, soll gekaufert werden; die Heeresverwaltung darf aber ebensowenig Materialien über den voraussehbaren Bedarf hinaus aufstapeln, wie es ihr nicht gestattet sein kann, in Etappenlagern Hände zum Nichtstun zu zwingen, die die Volkswirtschaft beanspruchen muß, um dem Staate und auch dem Heere die entsprechende Arbeitsleistung zu sichern. Eine Großstadt ohne ausreichende Verkehrsmittel für alle wäre ein neues Schilba; ein unzulänglicher Straßenbahnverkehr wäre die Lahmlegung des täglichen Erwerbslebens. Rettet die Elektrische!

**Was uns von den Tschechen trennt.**

Von Heinrich Friedjung.

Klarheit über die Sachlage ist immer von Wert, auch wenn hinter dem gehobenen Schleier Unerwünschten zu erblicken ist. Das gilt auch von den Reden der tschechischen Parteiführer während der Sommertagung des Parlaments. Sie machten kein Geheimnis daraus, daß sie nicht gerade von der eigenen Kraft sondern von dem Siege der Feinde der Mittelmächte das erhoffen, was Abgeordneter Stranšky die Zertrümmerung Bisleithaniens nannte. Diese und andre Neußerungen beweisen aufs neue, wie falsch der Ausspruch war, daß der Gegensatz zwischen den Deutschen Böhmens und den Tschechen auf den Streit um die Anstellung des Nachwächters von Leitomischl hinausläufe. Indem Friedrich v. Walterstirchen vor Jahren so wegwerfend über den Nationalitätenzwist in Böhmen urteilte, wollte er zu dessen Ausgleich anspornen; er aber und die ihm folgten, verkannten gänzlich, daß es sich in Böhmen nicht bloß um die Aufteilung von Beamten- und Richterstellen handle, sondern um die schicksalsschwere Frage, wie und von wem der österreichische Staat regiert, welche Verfassung ihm auferlegt werden solle. Dahinter aber barg sich ein noch größeres Problem, das sich in seiner Furchtbarkeit während des Weltkrieges entfaltete. Dem blödesten Auge wurde es zuletzt klar, daß die böhmische Frage ein Abbild ist des weltbewegenden Gegensatzes zwischen den zwei Mittelreichen und dem sie bis auf den Tod bekämpfenden andern Bündnis. Selbst wenn vor dem Kriege in Böhmen ein reinlicher Ausgleich über die Amts- und Gerichtssprache und was daran hängt, zustande gekommen wäre, würde in den Tschechen der heiße Wunsch fortgelebt haben, einen selbständigen Staat als Bollwerk gegen das Germanentum aufzurichten. Ihr nationaler Ehrgeiz, genährt durch ihre glückliche Erhebung in der Hussitenzeit und verbittert durch die Katastrophe ihres Staates im Jahre 1620, hätte sie unter allen Umständen in die Arme des Mitterchens Rußland getrieben. Nicht das ganze Volk, wohl aber die es führende Intelligenz hofft heute noch auf den Sieg der Entente und erwartet, daß sie Oesterreich-Ungarn die den Tschechen genehme Verfassung aufzwingen werde. Da dies aber nicht früher geschehen kann, als bis nicht bloß die

dürfen. Mindestens nicht, so lange die tapferen Söhne unsres und des deutschen Heeres durch fortgesetzten Verrat ins Herz getroffen werden können. Als sich die ersten Zeichen des Unheils einstellten, berief der damalige Ministerpräsident Graf Stürgkh mehrere tschechische Parteiführer, unter ihnen Kramarz, und verlangte von ihnen eine öffentliche Erklärung gegen die schmachlichen Desertionen. Kramarz und seine Gefinnungsgenossen weigerten sich dessen, wie in seinem Hochverratsprozeß durch den Militäranwalt nachgewiesen wurde. Sie scheiden sich auch in Zukunft die Wege. Unpatriotische Gesinnungen, die sich nicht in Taten umsetzen, fallen nicht unter Strafgesetz. Ihre Träger dürfen aber auch nicht durch ein Staatsamt, durch einen Ministerstuhl belohnt werden.

Es war bereits im Frieden eine grobe Unzukömmlichkeit, daß in den Rat des Kaisers ausgesprochene Gegner der bestehenden Bündnisse und der äußeren Politik der Monarchie berufen wurden. Hier trat eine innere Unwahrheit, über die sich auch Deutschland hätte beschweren dürfen. Wenn aber jetzt, wo unsre Brüder, unsre Söhne mit ihrem Blute die Treue zum deutschen Bündnisse besiegeln, wonicht bloß auf der französischen Front, sondern auch in Italien amerikanische Flieger und Geschütze gegen sie aufgeboten sind, Wilson als Prophet und Retter angerufen wird: so ist das mehr, als mit ruhigem Blute ertragen werden kann. Solange dies geschieht, kann die Hand zum Ausgleich nicht entgegengestreckt werden. Ist es doch auch sicher, daß sie zurückgezogen werden würde. Wenn aber wirklich, wie Abg. Stanek sich verühmte, den Tschechen erst wieder von leitender Stelle Anbote gemacht worden sind, so ist die Ruhlosigkeit dieser „Friedensoffensive“ durch den Hohn des tschechischen Parteiführers erwiesen. Lebereichte Friedensangebote ermutigen den begner und tragen erfahrungsgemäß zur Verlängerung des Krieges bei.